Politik zwischen Buchdeckeln

Das erste Halbjahr 2016 bringt nicht nur einen neuen Bundespräsidenten, sondern auch einige interessante Neuerscheinungen auf dem politischen Buchmarkt. Die Themen reichen von der Spurensuche rund um Karl Renners Ja zum „Anschluss“ bis zum Programmentwurf für eine große Staatsreform.

Von zwei, die auszogen, ein neues Österreich zu denken

Trautl Brandstaller und Erhard Busek nähern sich den Problemen des Landes von unterschiedlichen Seiten.

WIEN. Sie sind ein Paar der Gegensätze – und auch wieder nicht. Erhard Busek war ÖVP-Obmann und Vizekanzler. Trautl Brandstaller erwarb sich als ORF-Redakteurin den Ruf einer linken Feministin und ist mit einem führenden ehemaligen SPÖ-Politiker verheiratet. Und doch haben die beiden äußerlich so unterschiedlichen Geister gemeinsame Wurzeln. Beide waren einst in der Katholischen Hochschulgemeinde aktiv. Beide empfingen geistige Anregungen von damals führenden Kirchenmänner, etwa Otto Mauer. Busek engagierte sich in der katholischen Laienbewegung. Brandstaller sammelte journalistische Erfahrungen bei der

Kathpress und der kirchennahen „Furche“, ehe sie mit dem feministischen ORF-Magazin „prisma“ österreichweit bekannt wurde.

In ihren reifen Jahren haben die beiden Mittsiebziger nun wieder zusammengefunden und gemeinsam ein Buch geschrieben: „Republik im Umbruch“. In zehn Kapiteln analysieren die beiden, jeder für sich, nicht nur die Schwachstellen unseres Landes, sie entwerfen auch ein Gegenkonzept zum Stillstand und Kleingeist, der Österreich prägt. Trautl Brandstaller etwa skizziert ein Bildungsprogramm, das von der Verlängerung der Schulpflicht bis 16 Jahre über ein umfassendes Schulneubau-Programm bis hin zum Konzept des lebenslangen Lernens reicht. Busek fordert eine aktivere Rolle Österreichs in der EU-Außenpolitik und in der Friedenspolitik. Brandstaller ruft nach einer neuen Verfassung und einer Neuordnung der Kompetenzen nach dem Prinzip der Subsidiarität. Busek stellt die ketzerische Frage, ob eine stärkere Differenzierung des Schulsystems nicht die bessere Alternative zur Gesamtschule ist. Und beide zerbrechen sich den Kopf über die Medienlandschaft und den ORF. Eine interessante Streitschrift zweier Querköpfe, die nicht immer einer Meinung sind – außer in ihrer Kritik an den herrschenden Zuständen. **a. k.**

Warum Karl Renner Ja zum „Anschluss“ sagte

Eine neue Biografie über den großen Sozialdemokraten, der 1938 auf der falschen Seite stand.

WIEN. Dem österreichischen Nobelpreisträger Konrad Lorenz wurde von der Universität Salzburg kürzlich die Ehrendoktorwürde aberkannt, weil er sich an das NS-Regime angebiedert hatte. Warum er das getan hatte, diese Frage wurde bei der Aberkennung der Ehrendoktorwürde nicht erörtert.

Bei Karl Renner ist das anders. Beim zweimaligen Mitbegründer der Republik Österreich wird sehr wohl nach Erklärungen gesucht, warum er sich an das NS-Regime angebiedert hat. Die Erklärungsversuche füllen mittlerweile Bände und auch die jüngste Renner-Biografie des deutschen Politologen Richard Saage beschäftigt sich intensiv mit der Frage, warum der große Sozialdemokrat Karl Renner vor der Volksabstimmung im April 1938 in einem Interview öffentlich bekannt gab, er werde freudigen Herzens für den „Anschluss“ Österreichs an Hitlerdeutschland stimmen.

Die neue Biografie führt insgesamt fünf Erklärungen an, die im Laufe der Zeit für Renners Ja-Interview gegeben wurden. 1. Er habe damit inhaftierte Sozialdemokraten retten wollen. 2. Renner sei immer schon ein Anhänger der „Anschluss“-Idee gewesen. 3. Er habe den Aufruf aus Selbstschutz formuliert, um vor Übergriffen seitens des NS-Regimes sicher zu sein. 4. Renner habe mit seinem offenen Eintreten für den „Anschluss“ etwaige Sozialdemokraten im Untergrund von Widerstandshandlungen gegen die Nazis abhalten und damit unnötige Opfer vermeiden wollen. 5. Er habe die allgemeine Stimmung der damaligen österreichischen Sozialdemokraten ausgedrückt, für die nicht der Nationalsozialismus, sondern der Ständestaat von Dollfuß und Schuschnigg der Hauptfeind gewesen sei.

Autor Saage kommt zu dem Schluss, dass sich die Frage nach Renners Motiven nie endgültig werde klären lassen. Der Abschnitt der Wiener Ringstraße vor dem Parlament ist jedenfalls weiterhin nach Karl Renner benannt. **pur**

Wie Andreas Khol Österreich retten will

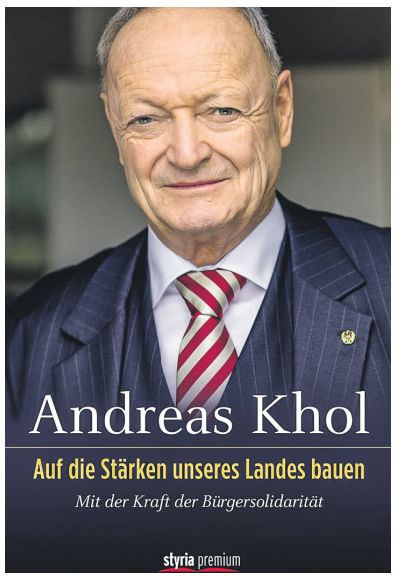
Der ÖVP-Präsidentschaftskandidat sieht die Vereine als Mittel zur Erneuerung des Landes.

WIEN. Die Demokratie erstarrt im Formalismus. Der Staat ertrinkt in Bürokratie und Steuern. Parteien und Sozialpartnerschaft sind am Ende. – Dieser Befund stammt nicht von irgendeinem Wutbürger, sondern vom Bewerber um das höchste Amt im Staate, Andreas Khol (ÖVP). Ausführlich legt er in einem neuen Buch seine Sicht der Dinge und seine Lösungsvorschläge dar.

Seine Sicht der Dinge: „Die Leistungsgesellschaft wird zur Taschengeldgesellschaft. Mit Hilfe einer ausufernden Wohlfahrts- und Verteilungsbürokratie, die ein Drittel des gesamten Steueraufkommens auffrisst, werden die verbleibenden zwei Drittel des weggesteuerten Leistungsertrages mit der Beihilfen-Gießkanne auf alle verteilt. An die Stelle der Solidarität treten Bürokratie-und Steuerstaat, beide bringen Privatinitiative, Leistungsbereitschaft und schließlich die Wirtschaft um.“

Khol weiter: „Es geht uns so gut wie nie, wir fühlen uns aber so arm und so bedroht wie noch nie.“ Als Grund für die Misere nennt er das schwindende Wertefundament in Österreich. Der Verlust der Werte führe zu Sozialmissbrauch, Verschwinden der Eigenverantwortung und überbordendem Staat.

Khols Therapie ist, wie er schon im Vorgängerbuch 1998 ausgeführt hat, die Bürgergesellschaft. „Wir



haben ungehobene Schätze in der Gesellschaft: die Hilfsbereitschaft und den Willen zur Selbsthilfe in den Menschen unseres Landes“, schreibt er. Diese Schätze würden, wenn gehoben, dem Staat wieder Kraft verleihen. Eine entscheidende Rolle komme dabei den 120.000 Vereinen in Österreich zu. Die Vereine würden das Ehrenamt fördern, dem Leben des Einzelnen Sinn geben und die Bürger zu Selbsthilfe und Solidarität animieren.

Der Staat sollte die Vereine daher fördern und ihnen etwa im Bundesrat ein Mitspracherecht in der Politik zugestehen, fordert Khol. Er sieht darin einen Weg zur Erneuerung der Demokratie. **pur**

Innen- und Außenpolitik

Demokratie

Wenn wählen nicht mehr reicht

Klaus Werner-Lobo, Autor, gebürtiger Salzburger, saß bis zur letzten Wahl für die Grünen im Wiener Gemeinderat. Dann setzten ihn seine Parteifreunde auf einen nicht wählbaren Listenplatz, er verlor seinen Sitz im Rathaus und trat auch aus der Partei aus. Wer sich von seinem Buch „Nach der Empörung“ nun eine wohlfeile Abrechnung Werner-Lobos mit seinen einstigen Parteigenossen erwartet, der irrt. Der Ex-Politiker ist vielmehr in seinen Beruf als politischer Publizist zurückgekehrt und stellt die Frage: „Was tun, wenn wählen nicht mehr reicht?“ Das herrschende Demokratiemodell sei den Anforderungen der Zeit nicht mehr gewachsen. Werner-Lobo plädiert für politisches Engagement jenseits der institutionellen Parteipolitik. **a. k.**

Annäherung

Der Umgang mit autoritären Regimen

Wie geht man mit Diktaturen und autoritären Regimen um? Ächtet man sie? Oder versucht man, sie durch Dialog und Zusammenarbeit zu mildern? Diese Fragen werden in Österreich heute im Zusammenhang mit Russland und dem Iran diskutiert. Neu sind sie nicht. Nach Kriegsende stand Österreich vor dem Problem, wie es sich gegenüber den autoritären Regimen in Griechenland, Portugal und Spanien (Franco) verhalten solle. Das im Böhlau-Verlag erschienene Buch „Heimliche Freunde“ zeichnet die damalige Außenpolitik nach. Sie war – wie heute – überaus pragmatisch. **pur**